



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Raus aus der fossilen Kostenfalle: Entlastung schaffen, Abhängigkeiten beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass zur Abfederung aktuell hoher Energiekosten für die Menschen in Bayern Maßnahmen zur Entlastung nötig sind, wo Alternativen zu fossilen Energieträgern noch nicht ausreichend entwickelt wurden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- Befristete Senkung des Preises für das Deutschlandticket für sechs Monate auf 49 Euro und ein entsprechendes vergünstigtes Angebot für Kinder, Jugendliche und einkommensschwache Menschen. Hilfsweise soll im Freistaat ein landesweites Jugendticket im Nahverkehr für alle Personen unter 27 Jahren für 9 Euro im Monat eingeführt werden.
- Festlegung einer Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und autobahnähnlichen Straßen.
- Einführung eines Mobilitätsgeldes zur Entlastung für Beschäftigte mit geringem Einkommen und einer pauschalen Einmalzahlung analog zur Energiepreispauschale aus dem Jahr 2022 anstelle einer sozial ungerechten Erhöhung der Pendlerpauschale.
- Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde.
- Einführung eines Solarbonus für Haushalte und Betriebe in Zeiten hoher Photovoltaikstromproduktion.
- Durchführung eines kostenlosen Energie-Checks für alle Haushalte.
- Schnellstmögliche Auszahlung der geplanten steuerfreien Entlastungsprämie durch den Freistaat an seine Angestellten.

Begründung:

Angesichts der starken Belastung der Haushalte durch steigende Energie- und Kraftstoffpreise wirken allgemein günstige Nahverkehrsangebote als wichtiges Entlastungsinstrument und Beitrag zur Klimaneutralität.

Als kurzfristiger Impuls wirkt hier eine pauschale Mobilitätsgeldzahlung. Die befristete Preissenkung des Deutschlandtickets für sechs Monate auf 49 Euro fördert gezielt den

Umstieg in den ÖPNV und unterstützt so die Verkehrswende im ressourcenintensiven Verkehrssektor.

Ein bundesweit einheitliches, niedrigpreisiges Jugend- und Sozialticket sichert die Mobilität junger und sozial schwächerer Menschen und stärkt damit Bildung und gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig – ein Modell, das bereits durch das „D-Ticket Jugend BW“ auf Landesebene bewiesen wurde. Ergänzend hierzu soll Bayern dessen Preis temporär auf 9 Euro für das ÖPNV-Abo reduzieren – das unterstützt die Verkehrswende und wirkt sozial gerecht.

Eine generelle Höchstgeschwindigkeit reduziert sofort den Spritverbrauch, dämpft so die Preise der Haushalte in Bayern zwischen 0,5 und 1,5 Mrd. Euro und hilft solidarisch und unkompliziert allen, die auch beruflich auf das Auto angewiesen sind.

Die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß entlastet Haushalte und Unternehmen finanziell und stärkt zugleich die gesellschaftliche Akzeptanz der Elektrifizierung von Mobilität, Wärme und Industrie – zentrale Voraussetzungen für die ökologische Transformation.

Die Bereitstellung von bis zu 600 Stunden kostenlosen Solarstroms für Haushalte und Betriebe im Rahmen eines Solarbonus bei hoher Photovoltaikproduktion stellt nicht nur eine deutliche Entlastung der Menschen durch kostenlosen Strom dar, sondern setzt einen innovativen marktwirtschaftlichen Anreiz zur netzdienlichen Nutzung erneuerbarer Energien. Sie fördert ein bewusstes, flexibles Verbrauchsverhalten und stärkt die Integration dezentraler Solarenergie in das Energiesystem.

Ein kostenloser Energie-Check für alle Haushalte zeigt Bürgern konkrete Einsparpotenziale auf und befähigt die Menschen, effektiv Energie und somit hohe Kosten langfristig zu sparen.

Die schnellstmögliche Auszahlung der steuerfreien Entlastungsprämie an bayerische Staatsbedienstete trägt der Vorbildfunktion des Freistaates Rechnung, Belastungen für seine eigenen Angestellten infolge hoher Energiepreise kurzfristig abzufedern. Eine vom Arbeitsverhältnis unabhängige und zu versteuernde Pauschale würde hier soziale Bedürfnisse und hohe Einkommen berücksichtigen.